



Médecins Fribourg
Ärztinnen Freiburg

Medienmitteilung

2x NEIN, zum Schutz der Sicherheit der Freiburger Patientinnen und Patienten

Der Vorstand von Médecins-Fribourg - Ärztinnen und Ärzte Freiburg (MFÄF) spricht sich gegen die irreführende Initiative zur «H24» Notaufnahme aus, da sie eine Gefahr für die Sicherheit der Freiburger Patientinnen und Patienten darstellt. Er unterstützt den Gegenvorschlag und das Dekret zur Finanzierung des HFR. Der Vorstand lehnt auch die eidgenössische «Kostenbremse-Initiative» ab, die ein Zweiklassensystem in der Medizin schaffen würde.

Am kommenden 9. Juni ist das Freiburger Stimmvolk aufgerufen, über zwei Initiativen abzustimmen, die weitreichende Auswirkungen auf die künftige Betreuung der Patientinnen und Patienten sowie auf unser Gesundheitssystem haben werden. Die Vorstandsmitglieder von MFÄF sind sich der Gefahren bewusst, die diese beiden Vorlagen bergen und haben daher beschlossen, sich gegen diese Initiativen einzusetzen.

«H24», eine irreführende Initiative

Die kantonale Initiative «Für bürgernahe Spitalnotaufnahme 24/24» stellt eine echte Gefahr für die Sicherheit der Patientinnen und Patienten dar. Obwohl der plakative Titel der Initiative verlockend klingt, ist die Umsetzung in mehrfacher Hinsicht nicht realistisch.

Eine echte Notaufnahme setzt hohe Qualitätsanforderungen voraus, wie rund um die Uhr anwesende Fachärzte, Pflegepersonal, ein Labor oder einen Operationssaal. Der derzeitige Fachkräftemangel in den verschiedenen Gesundheitsberufen macht es schon heute schwierig, genügend medizinisches und Pflegepersonal für die bestehenden Strukturen zu finden. Die Initiative, die die Wiedereröffnung der 24-Stunden-Notaufnahme in Tavers und Riaz fordert, verkennt die heutigen Gegebenheiten und widerspricht den Standards für eine Patientenversorgung, die darauf abzielt, die Notaufnahmen zusammenzulegen, um eine optimale Qualität und Sicherheit zu gewährleisten.

Zudem würden sich bei Annahme der Initiative die Investitionen auf CHF 37 Millionen belaufen und jährliche Kosten für den Staat zwischen CHF 11 und 13 Millionen verursachen. Im Gegensatz dazu belaufen sich die jährlichen Kosten für die vom Staatsrat und vom Freiburger Grossen Rat vorgeschlagenen Massnahmen des Gegenvorschlags insgesamt auf CHF 7,2 Millionen.

Unterstützung des Gegenvorschlags und des Dekrets

Aus diesen Gründen unterstützt der Vorstand von MFÄF den Gegenvorschlag. Der Vorlagetext, der in enger Zusammenarbeit mit Gesundheitsexperten erarbeitet wurde, ermöglicht eine angemessene Versorgung der Patientinnen und Patienten, die zur richtigen Zeit, am richtigen Ort und von den richtigen Fachpersonen betreut werden. Der Gegenvorschlag sieht sieben Massnahmen vor, darunter die Stärkung des Ambulanzdispositifs zur Verkürzung der Interventionszeiten, die Entwicklung von Gesundheitszentren und Permanenzen in den Regionen sowie eine schnelle, kostenlose und zweisprachige Erstversorgung über eine einheitliche Gesundheitsnummer, die von Gesundheitsfachpersonen betreut wird. Die Ziele des Gegenvorschlags sind daher, einen schnellen Zugang zur Versorgung, Sicherheit und eine angemessene und qualitativ

hochwertige Versorgung sowohl bei lebensbedrohlichen als auch bei nicht lebensbedrohlichen Notfällen sicherzustellen. Diese Ziele entsprechen den Werten von MFÄF, welche die Gesundheit der Freiburger Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt ihrer Anliegen stellt. Der Vorstand empfiehlt daher der Stimmbevölkerung, die Initiative abzulehnen und den Gegenvorschlag zu unterstützen.

Der Vorstand von MFÄF unterstützt ebenfalls das Dekret, das eine finanzielle Unterstützung für das Freiburger Spital (HFR) vorsieht. Dieser dringend benötigte Zuschuss wird es dem HFR ermöglichen, dringende Investitionen zu tätigen, insbesondere zur Aufwertung seiner aktuellen Standorte, sowie die Finanzierung von Studien für den Bau eines neuen Spitals ermöglichen. Diese Projekte haben allesamt das Ziel, die Versorgung der Patientinnen und Patienten zu verbessern.

Vertreterinnen und Vertreter von MFÄF engagieren sich in dieser Kampagne und werden an öffentlichen Informationsveranstaltungen in allen Regionen des Kantons teilnehmen.

Nein zu einer Zweiklassenmedizin

Am 9. Juni wird das Schweizer Volk auch über die «Kostenbremse-Initiative» abstimmen. Die Vorlage verlangt eine Deckelung der Gesundheitskosten für Leistungen innerhalb der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP). Durch die Koppelung der Gesundheitsausgaben an die Lohnentwicklung und die Konjunktur würde die Initiative im Voraus die Festlegung eines Globalbudgets für die Leistungen der OKP erforderlich machen, ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Bedürfnisse. Die Vorlage enthält keinerlei Hinweise darauf, welche Massnahmen ergriffen werden sollen, um die Gesundheitskosten zu bremsen. Noch schlimmer! Die Initiative würde in unserem Land eine Zweiklassenmedizin etablieren. Denn die Kostenübernahmegarantie würde nicht mehr bestehen und der Zugang zur Gesundheitsversorgung würde damit rationiert. Nur Personen mit ausreichenden finanziellen Mitteln würden weiterhin jederzeit uneingeschränkter Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Versorgung haben. Wäre die Initiative im Jahr 2000 umgesetzt worden, so wären heute mehr als ein Drittel der Leistungen der Grundversicherung nicht gedeckt. Neben den Patientinnen und Patienten würde sich die Initiative auch auf das medizinische Personal auswirken. Die Kostenbremse würde den Druck auf die personellen Ressourcen erhöhen und den bereits bestehenden Mangel an qualifiziertem Personal weiter verschärfen. Aus all diesen Gründen lehnt der Vorstand von MFÄF diese Initiative ab. Unter Berücksichtigung völliger Abstimmungsfreiheit informiert der Vorstand seine Mitglieder über die Bedeutung der Ablehnung dieser Initiative.

Die 1827 gegründete Ärztesgesellschaft des Kantons Freiburg wurde 2019 in Médecins Fribourg - Ärztinnen und Ärzte Freiburg (MFÄF) umbenannt. Sie vertritt die Mehrheit der im Kanton niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte und ist die Basisorganisation der Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte (FMH) im Kanton Freiburg. MFÄF setzt sich für eine qualitativ hochwertige Medizin ein, bei der die Gesundheit der Freiburger Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt steht, unter Einhaltung der ethischen und standesrechtlichen Regeln.
--

Freiburg, 6. Mai 2024